

LSVB – Schellingstr. 155 – 80797 München

Lt. Verteiler

Pressemitteilung Nr. 9/2020
München, den 02. 09. 2020

Das Alter wird nur dann respektiert werden, wenn es um seine Rechte kämpft und sich Unabhängigkeit und Kontrolle über das eigene Leben bis zum letzten Lebenszug bewahrt (M. T. Cicero)

Ältere Menschen und Digitalisierung: kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem

Achter Altenbericht: L'art pour l'art oder Seniorenpolitik für die Praxis?

Am 12. August präsentierten Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey und der Vorsitzende der BAGSO Franz Müntefering den **Achten Altenbericht** der Öffentlichkeit. Er befasst sich mit der Entwicklung und Anwendung digitaler Technologien sowie mit deren Auswirkungen für ältere Menschen vor allem in den Lebensbereichen Wohnen, Mobilität, soziale Integration, Gesundheit, Pflege und auch mit dem Leben im Quartier. Hierzu erklärte der Vorsitzende der LandesSeniorenVertretung Bayern e. V., Franz Wöfl, heute in München: „Der Bericht greift ein für die alten Menschen gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Corona-Pandemie sehr wichtiges Thema auf. Er ist unbestritten ein bedeutender Beitrag für die wissenschaftliche Diskussion. **Sein Nutzen für die praktische Seniorenpolitik hängt aber davon ab, was die Politik mit ihm macht: verschwindet er in den Archiven der Ministerien und Verbände oder werden die von den Verfassern*innen vorgeschlagenen Empfehlungen aufgegriffen und umgesetzt?**“

Was die konkrete Umsetzung betrifft, bestünden erhebliche Zweifel. Denn, so Wöfl weiter, die meisten im Bericht aufgelisteten Fakten und Empfehlungen sind nicht neu. Dass die Digitalisierung älteren Menschen viele Chancen bietet, um möglichst lange ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben führen zu können, dass es bei den Senioren*innen häufig am nötigen digitalen Wissen und Verständnis, an Rat gebender Unterstützung seitens der Kommunen oder an Geld fehlt, um sich digitale Geräte anzuschaffen, ist dem Bund, den Ländern und den Kommunen seit Jahren bekannt. Auch, dass nicht längst alle stationären Pflegeeinrichtungen WLAN für ihre Bewohner*innen anbieten, ist Schnee von gestern. „**Welche Maßnahmen wurden in den vergangenen Jahren eingeleitet?**“ fragt der Vorsitzende der LSB. „**Sehr wenige! Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem**“, so Wöfl. Die Politik spiele zu Lasten der alten Menschen auf Zeit: ein Bericht und noch ein Bericht und schließlich: wer nicht weiterweiß, bildet einen Arbeitskreis.

Obwohl Bayern eine sehr solide Seniorenpolitik betreibt, **besteht auch im Freistaat längst Handlungsbedarf: Das Seniorenpolitische Konzept der Bayerischen Staatsregierung**, also der Masterplan für die bayerische Seniorenpolitik, stammt aus dem Jahr 2006. Eine Aktualisierung erscheint, vor allem wenn man sich das Tempo ansieht, mit dem die Bayerische Staatsregierung in anderen Politikbereichen (zu Recht) voranschreitet, dringend angebracht.

Darüber hinaus muss die Bayerische Staatsregierung auf den Weckruf, den der Achte Altenbericht wohl auslösen will, reagieren. Einmal ist erforderlich, **dass das vom Bayerischen Sozialministerium für die Kommunen entwickelte Seniorenpolitische Gesamtkonzept um ein Handlungsfeld der digitalen Inklusion erweitert wird**. Kreisfreie Städte und Landkreise erarbeiten für ihre Hoheitsgebiete Seniorenpolitische Gesamtkonzepte. Sie umfassen nach dem Grundsatz ambulant vor stationär die Lebenswelt älterer Menschen mit den notwendigen Versorgungsstrukturen sowie neue Wohn- und Pflegeformen für ältere und pflegebedürftige Menschen im ambulanten Bereich. Die Kommunen müssen **verpflichtet** werden, in einem eigenen Abschnitt „Ältere Menschen und Digitalisierung“ darzulegen, welche Maßnahmen im Bereich digitaler Technologien sie planen und natürlich dann auch umsetzen wollen, damit ältere Menschen möglichst lange ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben führen können.

Seitens des Bundes, hilfswise des Freistaates, sind die erforderlichen Gelder zur Verfügung zu stellen, damit die Kommunen **für die Generation 65+ Computer-Grundkurse kostenlos anbieten** können. Des Weiteren muss dafür gesorgt werden, dass **in allen Wohnformen älterer Menschen Internetzugänge bereitstehen und genutzt werden können**. Weiterhin sollten die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, **dass das Internet im öffentlichen Raum und in öffentlichen Einrichtungen (z. B. in den Rathäusern, in den Stadtteilen und Quartieren) flächendeckend und kostenfrei genutzt werden kann**. Für ältere bedürftige Menschen sollte die Nutzung des Internets zu Hause und die **Anschaffung von digitaler Technik**, die zur Erhaltung bzw. Ermöglichung von Autonomie und Teilhabe beiträgt, über **sozialrechtliche Hilfe nach dem SGB XII** gefördert werden.

Schließlich müssen sich Wirtschafts- und Seniorenministerium mit Nachdruck dafür einsetzen, dass sich zukünftige technische Innovationen durch **Nutzerfreundlichkeit** auszeichnen. Das setzt voraus, dass die Integration älterer Nutzer in Forschung und Entwicklung deutlich ausgeweitet wird. Franz Wöfl: „Nicht die Menschen müssen sich den Erfordernissen der Technologie anpassen, sondern die Technologie den Menschen“.

Auch wenn die Digitalisierung unser aller Leben weiter umkrempeln wird und wir Älteren uns damit schnell und umfassend anfreunden sollten, weil sie unseren Alltag lebenswerter macht, so Wöfl abschließend, muss es auch im 21. Jahrhundert – zumindest für die nächsten 20 bis 30 Jahre - ein **Recht auf Leben ohne Internet** geben. Analoge Zugänge und Angebote wie z. B. bei Behördenangelegenheiten (z. B. Abgabe von Steuererklärungen oder Auskunftersuchen bei den Agenturen für Arbeit), Fahrscheinkauf, Bankgeschäften und vielem mehr, müssen weiterhin möglich bzw. ohne Nachteile wie erhöhte Servicegebühren verfügbar sein.

Die LSVB ist die überparteiliche Dachorganisation der kommunalen Seniorenvertretungen in Bayern (Seniorenräte, Seniorenbeiräte und Seniorenbeauftragte in kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städten und Landkreisen). Wir sind politisch aktiv und bündeln die Senioreninteressen in den Kommunen. Wir stehen für Lebensqualität, Selbstbestimmung und Würde der älteren Generationen. Darüber hinaus engagieren wir uns für die Integration alter Menschen in allen Lebenslagen, wenden uns gegen alle Formen der Ausgrenzung oder Abwertung, fördern Initiativen und Aktivitäten Älterer durch „Hilfe zur Selbsthilfe“, unterstützen aktives Zusammenleben, lebenslanges Lernen sowie den Dialog und die Solidarität zwischen den Generationen. Zur Zeit sind 200 kommunale Seniorenvertretungen Mitglied der LSVB. Darunter 25 Landkreise, die LHSt München und die weiteren bayerischen „Großstädte“ Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Regensburg, Ingolstadt, Fürth, Erlangen und Landshut. In den Gebietskörperschaften, die bei uns Mitglied sind, wohnen rd. 1,7 Mio. Seniorinnen und Senioren, die 65 Jahre und älter sind, bzw. 2,1 Mio. Seniorinnen und Senioren, die das 60. Lebensjahr vollendet haben.

V.i.S.d.P.: Franz Wöfl, Winzererstraße 155, 80797 München, Tel.: 089 954 756 990